

Wir,¹ die Sozialdemokraten Israel-Schweiz – vorwiegend Bürgerinnen und Bürger der Schweiz – setzen uns für die gesicherte Existenz des Staates Israel ein (Medinath Israel). Diese Tatsache begründet sich durch die Resolution der Vereinten Nationen UNO von 1947 und der Proklamation des Staates Israel durch die provisorische „Knesseth“ und David Ben Gurion vom 14. Mai 1948.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, für die Prinzipien der Staatsgründung einzustehen, nämlich so, wie sie in der israelischen Unabhängigkeitserklärung festgehalten sind, für die Gleichberechtigung aller Bürger Israels und ein Zusammenleben des jüdischen Volkes mit Christen, Freidenkern, Muslimen usw. innerhalb einer offenen Gesellschaft und im Frieden mit seinen Nachbarn.

Wir setzen uns für die Demokratie und Gleichberechtigung für alle Israelis ein, gleichwohl welcher Herkunft, welcher Abstammung und welcher Religion sie auch immer sind und welche private Orientierung sie gewählt haben. Wir setzen uns für gleiche Rechte aller im Land befindlichen Religionen ein.

Wir haben die Vision von Israel in friedlicher Koexistenz mit den arabischen Einwohnern des Landes in einer demokratischen Gesellschaft in Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn.

Als Sozialdemokraten bekennen wir uns zu den von Jitzchak Rabin formulierten „Oslo-Abkommen“, von der damaligen Knesseth mit Mehrheit angenommen, und wir bekennen uns insbesondere zur Zwei-Staaten-Lösung.

Den derzeitigen politischen Stillstand und die schädliche Siedlungs- und Besatzungspolitik lehnen wir – aufgrund unseres sozialdemokratischen Verständnisses – ab. Die erwähnte Situation schafft ein Klima der Unsicherheit und ist einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung unwürdig.

Der Nahostkonflikt kann – unserer Meinung nach – nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Diese Einsicht wird nicht nur von uns, sondern unterdessen von einer breiteren Bevölkerungsschicht geteilt, insbesondere der jüngeren Generation.

Indessen sind auch terroristische Angriffe auf die Zivilbevölkerung Israels und deren Städten unerträglich und werden schärfstens verurteilt. Diese Anschläge sind in keiner Weise zu rechtfertigen, wohin soll dies führen? Diese Einsicht und diese Verantwortung werden auch von den arabischen Einwohnern der besetzten Gebiete des Westjordanlandes und Gaza mit aller Deutlichkeit erwartet.

Wir werden uns weiterhin an die Vision eines Staates Israel und eines freien- und autonomen Staates Palästina halten, in sicheren und anerkannten Grenzen. Den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln lehnen wir klar ab, sie sind ein Gräuel und sollten beidseits verboten und „abgeschafft“ werden.

Wir werden in nächster Zeit eng mit den israelischen Friedensbewegungen zusammenarbeiten und suchen Kontakt zur neuen Führung der Arbeitspartei.

¹ Erich Bloch, Karin Elsohn, Guido Guth, René Leserowitz, Peter Lyssy, Rafi Siano und Victor Weiss.

Auch beschäftigt uns das unklare „Politische-Israel-Bild“ in Europa, so zunehmend auch in den USA, vorwiegend aber in den ehemaligen Ostblock-Staaten. Begreiflicherweise verfolgen wir mit Aufmerksamkeit die politischen Äusserungen von Exponenten der Parteien in der Schweiz. Die führenden Politiker des CH-Parlamentes haben eine Verantwortung zum Staat Israel und zu den dortigen zahlreichen Schweizern.

Dies zeigt aus der historischen Verantwortung des Geschehens in Nazi-Deutschland und in Europa der Film „Akte Grüniger“, erinnert uns auch an die verhängnisvolle und zeitweilig klar antisemitische Bürokratie der damaligen schweizerischen Fremdenpolizei. Da die Grenzen zwischen dem historischen Antisemitismus und dem heutigen sog. „Anti-Zionismus“ – nach unserer Meinung – fließend sind, halten wir fest:

Wenn sich Parlamentarier der SP in Israel befinden, werden diese eingeladen, mit uns zu sprechen und auf einseitige politische Stellungnahmen in die Presse oder anderswo zu verzichten. Auch Boykott-Androhungen und dergleichen sind nicht nur nutzlos, sie schaden unseren Bemühungen und vor allem nochmals: Es bringt uns nichts.

Das besetzte „Westjordan-Land“ – auch von uns als militärische und politische Fehlleistung angesehen – ist kein Vergleich zu Europa von 1933 bis 1945. Solche historischen „Saltos“ sind immer falsch und ungeeignet. Damit wird allein die politische Rechte in Israel gestützt und ihre Diffamierung der Linken begünstigt.

Wir erwarten gewiss eine kritische Haltung zur Nahost-Politik Israels. Die derzeitige israelische Politik ist für uns nicht sakrosankt. Aber es müssen einseitige Verunglimpfungen vermieden werden; zu komplex ist die politische Situation, obwohl wir optimistisch eine gesellschaftliche Veränderung ersehen und diese bereits erspüren.

Nämlich auf bilateralen Wegen werden längst – und auch mit unserer Hilfe – Koexistenz- und Friedensarbeiten geleistet. So sind wir insbesondere mit den Organisationen „Givat Haviva-Schweiz“, Neve Shalom-Schweiz, Koexistenz-Kinderdorf Kyriat Yearim und insbesondere mit dem NIF „Neuer Israel-Fonds-Schweiz“ verbunden (und weiteren uns nahestehenden Organisationen). Alle diese Institutionen bürgen dafür, dass eine friedliche Koexistenz möglich ist.

Wir sind die zweite Generation der Überlebenden des Holocaust des Nationalsozialismus und des Faschismus in Europa. Wir tragen eine besondere Verantwortung, dass das vergangene Unheil nie wieder geschieht. Dies verpflichtet uns aber auch, alles zu tun, um für Frieden und Gerechtigkeit in unserer Region einzustehen. Dazu braucht es Weisheit, Einsicht und Weitsicht. Das traditionell sozialdemokratische Gedankengut soll uns ein Leitbild sein.

Wir erwarten von unseren Gesinnungsgenossen in der Schweiz eine ideelle Unterstützung.

Netanya und Tel Aviv 18. Februar 2014

Im Auftrag: ERICH BLOCH, Netanya / ISRAEL